

# Kirche und Gesellschaft

Herausgegeben von der  
Katholischen Sozialwissenschaftlichen  
Zentralstelle Mönchengladbach

Nr. 250

Manfred Spieker

## Mittel- und Osteuropa im Aufbruch

Eine Zwischenbilanz

J.P. BACHEM VERLAG

---

Die Reihe „Kirche und Gesellschaft“ will der Information und Orientierung dienen. Sie behandelt aktuelle Fragen aus folgenden Bereichen:

*Kirche, Politik und Gesellschaft*

*Staat, Recht und Demokratie*

*Wirtschaft und soziale Ordnung*

*Familie*

*Schöpfungsverantwortung und Ökologie*

*Europa und Dritte Welt*

Die Hefte eignen sich als Material für Schule und Bildungszwecke.

### Bestellungen

sind zu richten an:

**Katholische Sozialwissenschaftliche Zentralstelle**

**Brandenberger Straße 33**

**41065 Mönchengladbach**

Tel. 021 61/8 1596-0 · Fax 021 61/8 1596-21

E-mail: [ksz-moenchengladbach@t-online.de](mailto:ksz-moenchengladbach@t-online.de)

Ein Prospekt der lieferbaren Titel kann angefordert werden

### Redaktion:

**Katholische Sozialwissenschaftliche Zentralstelle**

**Mönchengladbach**

Erscheinungsweise: Jährlich 10 Hefte, 160 Seiten

---

1998

© J. P. Bachem Verlag GmbH, Köln

ISBN 3-7616-1522-1

Ogleich der Zusammenbruch des Kommunismus 1989/90 für die Wissenschaft wie für die Politik überraschend kam, ist es nicht schwer, im Rückblick seine Wurzeln zu bestimmen. Wie meistens in der Geschichte verbieten sich monokausale Erklärungen. Drei Entwicklungen führten zusammen zu den Ereignissen von 1989/90: erstens die polnische Augustrevolution 1980, die erstmals in der Geschichte des Kommunismus die Gründung einer unabhängigen Gewerkschaft zur Folge hatte; zweitens das Festhalten der NATO-Staaten am Nachrüstungsbeschluß nach dem Scheitern der Abrüstungsverhandlungen mit der Sowjetunion in Genf 1983, und drittens der mit den Begriffen „Glasnost“ und „Perestroika“ bezeichnete Kurswechsel der KPdSU in der zweiten Hälfte der 80er Jahre. Auch wenn es immer etwas vereinfachend ist, Geschichte zu personalisieren, so sind mit den Wurzeln der postkommunistischen Transformationsprozesse doch drei Namen eng verbunden: Papst Johannes Paul II., Ronald Reagan und Michail Gorbatschow.

### **Die Transformation des politischen Systems**

Die Transformation des politischen Systems begann in allen Staaten mit dem Verzicht der kommunistischen Parteien auf ihren Suprematieanspruch. Dieser Suprematieanspruch - seit dem Kommunistischen Manifest von Marx und Engels 1848 das geschichtsphilosophisch verbrämte Herzstück kommunistischer Politik - war in kommunistischen Staaten in der Regel in der Verfassung verankert. Seine Preisgabe bedeutete nicht nur den Verzicht auf politische Privilegien, sondern das Ende der politischen Macht schlechthin. Die kommunistischen Parteien traten ab, zerbrachen, änderten ihre Namen und ließen ihre Symbole verschwinden. Hammer und Sichel, verschlungene Hände, Sowjetsterne sind heute - sieht man von den Kremлтürmen ab - nur noch in Museen, Trödlerläden oder bei Souvenirhändlern am Brandenburger Tor zu finden. Das Volk wurde - wie in Leipzig und Ostberlin in den Wochen vor dem Fall der Mauer gefordert - der Souverän. Es entledigte sich nicht nur der Fesseln der Unterdrückung und der Erinnerungen an eine ungeliebte Geschichte, indem es die Hauptquartiere der Geheimpolizei besetzte, die Mauer einriß, Denkmäler stürzte und zahllose Straßennamen auswechselte, es vereinbarte - organisiert in Foren, Parteien und Bürgerbewegungen und nicht selten moderiert von Vertretern der Kirchen - an Runden Tischen zusammen mit Regierungsvertretern auch den Weg zu den ersten freien Wahlen. An diesen Runden Tischen wurden die Weichen für den künftigen politischen Kurs gestellt.

Die neu gewählten Parlamente erarbeiteten neue Verfassungen für eine demokratische Staatsordnung.<sup>1</sup> Lediglich Polen brauchte fast acht Jahre, bis die

Konflikte zwischen Präsident und Parlament über eine neue Verfassung überwunden waren und die „Kleine Verfassung“ vom 23.11.1992, die nur die Kompetenzen zwischen Präsident, Regierung und Parlament abgegrenzt hatte, von einer neuen demokratischen Verfassung abgelöst werden konnte. Letztere wurde durch ein Referendum am 25. Mai 1997 angenommen. Ostdeutschland blieb durch die Wiedervereinigung eine längere Verfassungsdiskussion und die Suche nach neuen Institutionen und einer eigenen Rechtsordnung erspart. Die neuen Bundesländer traten dem Geltungsbereich des Grundgesetzes bei und übernahmen damit das parlamentarische, föderale, rechts- und sozialstaatliche System Westdeutschlands. Die Slowakei hat zwar seit Beginn ihrer Loslösung von Tschechien am 1. Januar 1993 eine eigenständige demokratische Verfassung. Aber sie wird von der zu einem populistischen Präsidialregime tendierenden Regierung Meciar immer wieder unterlaufen.

In allen Ländern schlug sich der gesellschaftliche und politische Pluralismus in einem Mehrparteiensystem nieder, das in den ersten Jahren nach der Wende allerdings sehr labil war. In Polen waren z. B. 1993 209 Parteien registriert. Viele waren nicht mehr als lokale Interessengruppen, Freundeskreise zur Unterstützung einzelner Mandatsträger oder „Wohnzimmerparteien“, deren Mitglieder auf einem oder zwei Sofas Platz hatten. Bei den ersten freien Parlamentswahlen 1991, die noch keine Sperrklauseln kannten, gelangten Vertreter von 29 Parteien in den Sejm. Etwa ein Drittel der Abgeordneten wechselte im Laufe von zwei Jahren bis zur Auflösung des Sejms 1993 die Partei- bzw. Fraktionszugehörigkeit. Der Labilität des Parteiensystems entsprach die Schwäche der Regierungen. Polen präsentierte in acht Jahren zehn Ministerpräsidenten. Erst nachdem Sperrklauseln im Wahlrecht den Zugang zu den Parlamenten erschwerten und viele der demokratischen Parteien der ersten Stunde aufgrund ihrer Zersplitterung Mitte der 90er Jahre in die parlamentarische oder gar außerparlamentarische Opposition gedrängt wurden und sich dort zu neuen Bündnissen zusammenschlossen, konsolidierten sich die Parteiensysteme.

Ende 1996 und im Laufe des Jahres 1997 kehrten die demokratischen Parteien in mehreren Ländern in neuen Koalitionen in die Parlamente zurück. So bilden sie heute relativ stabile Regierungen in Litauen, Polen, Bulgarien und Rumänien. Tschechien, jahrelang das Beispiel ungewöhnlicher Stabilität im Transformationsprozeß, scheint nach dem Rücktritt der Regierung Klaus Ende 1997 dagegen vor einer Phase der politischen Instabilität und der Neuformierung seines Parteiensystems zu stehen. Die Slowakei, jahrelang das Schlußlicht der mitteleuropäischen Transformationsländer und von der EU als nicht reif für einen Beitritt beurteilt, hat dagegen durch die Parla-

mentswahlen im September 1998 die Gelegenheit, die dritte Wende nachzuholen, die Regierung Meciar abzuwählen und der Transformation des politischen Systems hin zu einer rechtsstaatlichen Demokratie eine neue Chance zu geben.

Eine Bedingung für das Gelingen der Transformationsprozesse ist schließlich die Ablösung des Zentralismus kommunistischer Herrschaftssysteme durch leistungsfähige kommunale und regionale Strukturen. Auch hier hat die dritte Wende die Chancen verbessert. Nachdem eine kommunale Selbstverwaltung in den meisten Transformationsländern schon mit der ersten Wende 1989/90 eingeführt wurde, werden nun in einigen Ländern auch föderale Institutionen mit eigenen legislativen Kompetenzen, eigener Administration und eigenem Haushalt geschaffen. So sollen beispielsweise in Polen die bisherigen 49 Wojewodschaften in zwölf zusammengefaßt werden, die wesentlich mehr Autonomie besitzen als die alten Verwaltungsbezirke.

### **Die Transformation der Wirtschaft**

Die Transformation der Wirtschaft ging Hand in Hand mit der des politischen Systems. Wer die kommunistische Einparteierrschaft überwinden wollte, mußte auch den Dirigismus der Zentralverwaltungswirtschaft beseitigen. Die Einführung der Marktwirtschaft war deshalb nicht weniger Ausdruck der neugewonnenen Freiheit als die rechtsstaatliche Demokratie.

Auf dem überaus komplexen Weg zur Marktwirtschaft waren verschiedene Teilaufgaben zu lösen: die mikroökonomische Liberalisierung durch die Freigabe der Preise und die Aufhebung der administrativen Produktions- und Verteilungsplanung; die Privatisierung des Produktionsvermögens und die Einführung eines zweistufigen Bankensystems; die makroökonomische Stabilisierung durch die Inflationsbekämpfung, eine entsprechende Geld- und Steuerpolitik und einen solide finanzierten Staatshaushalt; die Förderung ökonomisch-technischer Innovation; die Liberalisierung des Außenhandels und nicht zuletzt die ausreichende soziale Flankierung des Transformationsprozesses zur Sicherung des für sein Gelingen notwendigen gesellschaftlichen Konsenses.

In welcher Reihenfolge diese Aufgaben zu erledigen waren, ob dafür eine Schocktherapie oder ein Gradualismus besser geeignet waren, dafür gab es weder historische Erfahrungen noch wirtschaftswissenschaftliche Theorien. Die Bedingungen für die Einführung der Marktwirtschaft waren sehr verschieden. „Generell kann gesagt werden: Je schlechter die Wirtschaftslage, je geringer das ‚politische Kapital‘, je reaktionsresistenter die alten administrativen Strukturen, je verzerrter bzw. obsoleter die Kapital-, Produktions- und

Beschäftigungsstruktur im Hinblick auf mögliche Marktchancen, je weltmarktferner die Außenwirtschaft und je marktfeindlicher die ökonomische Kultur, desto schwerer ist die Lösung der Transformationsaufgaben, und zwar relativ unabhängig von der versuchten Transformationsstrategie.“<sup>2</sup> Dies gilt vor allem für die GUS.

Die meisten mitteleuropäischen Länder haben die Transformation sowohl ihrer Wirtschaftsordnung als auch ihrer Wirtschaftsstrukturen bis zur Mitte der 90er Jahre weit vorangebracht. Die privatisierte Wirtschaft hatte 1995 bei der Erstellung des Bruttoinlandsprodukts einen Anteil zwischen 60% (Polen) und 75% (Tschechien). In den baltischen Staaten lag er bei 65%. Lediglich Bulgarien und Rumänien hingen mit 45% bzw. 52% hinter dieser Entwicklung zurück. Der Anteil der Landwirtschaft sowohl am Bruttoinlandsprodukt als auch an den Erwerbstätigen ist überall deutlich zurückgegangen. Er betrug 1995 beim Bruttoinlandsprodukt in den meisten Staaten unter 10%. Nur in Litauen (11%), Bulgarien (13%) und Rumänien (20%) lag er darüber. Bei den Erwerbstätigen liegt er bei 6% in Tschechien, bei 22% in Polen, bei 24% in Litauen und bei 37% in Rumänien. Der Dienstleistungssektor ist überall auf Kosten nicht nur der Landwirtschaft, sondern auch der Industrie angestiegen. In den Wirtschaftsstrukturen wie auch in der Rechtsordnung bewegen sich diese Länder in Richtung Europäische Union.

Zunächst aber führte der ökonomische Transformationsprozeß in allen postkommunistischen Ländern, Ostdeutschland eingeschlossen, zu Krisen, deren Ausmaß die Erwartungen weit übertraf. Gewiß war vor der Wende bekannt, daß die sozialistischen Betriebe marode waren, daß sie mit zuviel Personal zu wenig produzierten, daß ihre Technik veraltet und ihre Produktivität niedrig waren. Es war bekannt, daß es zur Logik sozialistischer Ökonomie gehörte, den Lebensstandard der Bevölkerung auf niedrigem Niveau zu halten und die Umwelt ebenso zu zerstören wie das Arbeitsethos. Dennoch wurde überall erwartet, daß in wenigen Jahren „blühende Landschaften“ entstehen würden. Das Ideal der polnischen Arbeiter war, so spottete Adam Michnik, „eine Wirtschaft, in der man soviel verdient wie in den Vereinigten Staaten, abgesichert ist wie in Schweden und arbeitet, wie man bisher in Polen gearbeitet hat“.<sup>3</sup> Dieser Traum zerplatzte schnell.

In allen Transformationsländern gab es nach der Wende einen drastischen Rückgang des Bruttoinlandsprodukts, der Industrieproduktion und der Reallohne, eine Explosion der Preise und der Arbeitslosigkeit. Das Bruttoinlandsprodukt verminderte sich in Polen, Ungarn und Tschechien zwischen 1990 und 1994 um gut 20%, in Bulgarien, Rumänien und der Slowakei um etwa 30% und in Rußland um 67%. Die Reallöhne wiederum verminderten sich zwischen 1990 und 1993 in Bulgarien um 70%, in Rumänien um rund 45%,

in Rußland um knapp 40%, in Polen und Tschechien um rund 30%, in Ungarn dagegen nur um 13%.

In der Inflationsrate gab es zu Beginn der 90er Jahre große Unterschiede. Während sie in Rußland 1992 auf 1500% und in Litauen auf 1160% stieg, erreichte sie in Polen 1990 mit 585% und in Ungarn 1991 mit lediglich 35% ihren Höchststand. Ende der 90er Jahre ist die Inflationsrate nur noch in der GUS und in Bulgarien ein Problem. In den meisten mitteleuropäischen Transformationsländern ist sie auf Werte zwischen 8% und 20% gesunken. In Tschechien betrug sie 1997 9%, in Polen 16%, in Litauen 20%. Nur Bulgarien war 1997 mit einer Inflationsrate von 850% von Preisstabilität noch weit entfernt und auch Rumänien hinkte mit 140% hinter den Erfolgen der anderen Transformationsländer her. Die offiziellen Arbeitslosenquoten variierten 1997 zwischen 4,5% in Tschechien und rund 15% in Bulgarien. Inoffiziell dürften sie jeweils das Doppelte betragen haben.

Die Härten der ökonomischen Transformation führten in zahlreichen Ländern drei bis vier Jahre nach der Wende zur Rückkehr der postkommunistischen Parteien in die Regierung. Auch wenn keine dieser Parteien das Ende des Transformationsprozesses auf ihr Programm gesetzt hatte, so hatten sie doch überall mit stärkeren sozialen Absicherungen für sich geworben und die Gründe für die Transformationsprobleme weniger der jahrzehntelangen sozialistischen Herrschaft als vielmehr den ersten demokratischen Regierungen nach der Wende angelastet.

Doch schon 1994 war die Talsohle des ökonomischen Transformationsprozesses durchschritten. In allen mitteleuropäischen Staaten mit Ausnahme Bulgariens und Rumäniens ist seitdem ein wirtschaftlicher Aufbruch zu beobachten, der sich in kontinuierlichen Wachstumsraten, in sinkenden Arbeitslosenquoten, in der Begrenzung der Inflationsraten und in der Konsolidierung des jeweiligen Staatshaushalts niederschlägt. Polen verzeichnet schon seit 1992 ein kontinuierliches Wachstum, das 1996 6,1% und 1997 6,9% erreichte. In den meisten anderen Ländern begann das Bruttoinlandsprodukt 1994 wieder zu steigen. In Tschechien betrugen die Wachstumsraten 1996 4,4% und 1997 1%, in der Slowakei 6,9% bzw. 4,5%, in Litauen 3,6% bzw. 4% und in Ungarn 1% bzw. 2,5%. Die Produktivität in der Industrie lag in Polen und Ungarn 1995 um ein Drittel über dem Wert von 1989.

Die Wende in der wirtschaftlichen Entwicklung wurde aber nirgends den postkommunistischen Regierungen angerechnet. Im Gegenteil, diese bremsen die ökonomische Transformation eher durch Verzögerungen bei der Privatisierung der Staatsbetriebe und sie vermochten auch nicht, die versprochenen sozialen Leistungen zu realisieren. So kam es ab Herbst 1996 zur dritten Wende. Die postkommunistischen Regierungen wurden in Litauen, Ru-

mänien, Bulgarien und Polen wieder abgewählt. Nur in Ungarn und in der Slowakei bestimmen sie 1998 noch den Gang der Politik.

Auch wenn die ökonomische Transformation und die wirtschaftliche Entwicklung in Mittel- und Osteuropa zuversichtlich stimmt, auch wenn Tschechien, Polen und Ungarn als erste Transformationsländer 1995 bzw. 1996 sogar Mitglieder der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD), also des Clubs der arrivierten Industrieländer, wurden und zusammen mit Estland und Slowenien 1997 die Reife für den Beitritt in die Europäische Union bescheinigt erhielten, der Lebensstandard in allen Transformationsländern ist noch sehr niedrig, die soziale Lage der meisten Menschen, insbesondere der Rentner ist schwierig und das durchschnittliche Pro-Kopf-Einkommen, das im übrigen sehr unterschiedlich ist, bleibt noch weit hinter dem der EU-Staaten zurück. Während es in Slowenien 1997 immerhin knapp 900 US-Dollar monatlich betrug, sank es im Armenhaus der Transformationsländer Bulgarien mit 93 Dollar auf gerade mal 10% dieses Niveaus. In Polen und Tschechien erreichte es 347, in Ungarn 319, in der Slowakei 287, in Estland 200 und in Rußland 106 Dollar. Auch das durchschnittliche Pro-Kopf-Bruttoinlandsprodukt, das 1997 zwischen 8.720 Dollar in Slowenien und 1024 Dollar in Bulgarien schwankte, betrug erst ein Viertel des EU-Durchschnitts.

### **Die Transformation der Gesellschaft**

Verglichen mit der Transformation des politischen Systems und der Wirtschaft erweist sich die Transformation der Gesellschaft als wesentlich schwieriger. Sie hängt nicht nur von den politischen und ökonomischen Rahmenbedingungen, sondern auch von Einstellungen, Erwartungen und Verhaltensweisen ab, die gesetzlich nicht zu regeln sind. Der Gesetzgeber kann durch die Gewährleistung der Grund- und Menschenrechte, durch die Einführung eines entsprechenden Zivilrechts, durch seine Bildungs- und Sozialpolitik den Weg zur Zivilgesellschaft zwar erleichtern, aber er kann die Zivilgesellschaft nicht selbst hervorbringen. Die Chancen ihrer Rekonstruktion hängen in erster Linie von der politischen Kultur, von den Wertorientierungen und nicht zuletzt vom Gewicht der früheren kommunistischen Erziehung ab. Die Transformation der in Jahrzehnten sozialistischer Herrschaft indoktrinierten, kontrollierten und entmündigten Untertanen in selbständige, risikobereite, leistungsfreudige und auch politisch aktive Bürger aber ist der Schlüssel nicht nur für den Transformationsprozeß der Gesellschaft, sondern für das Gelingen der postkommunistischen Transformationsprozesse insgesamt.

Die Einführung der Marktwirtschaft führte automatisch zu einer sozialen Schichtung der Gesellschaft. Kannte der Sozialismus nur die Zwei-Klassen-Gesellschaft - hier die kleine Klasse der alle ökonomischen, sozialen und politischen Privilegien auf sich vereinenden Nomenklatura, dort die in der Gleichheit des Mangels vereinte Masse -, so erzeugt die ökonomische Transformation eine vielfältige Differenzierung und damit zunächst einmal Gewinner und Verlierer. Zu den Gewinnern zählt nicht selten die alte Nomenklatura, die sich bei der Privatisierung einen erheblichen Teil des Produktivvermögens aneignete. So wechselte beispielsweise in Tschechien ein Drittel der alten Nomenklatura im berufstätigen Alter als Unternehmer in die Wirtschaft; ihr Anteil an der neuen Wirtschaftselite liegt bei 40%.<sup>4</sup> In allen Transformationsländern haben viele der Gewinner auch noch die unangenehme Eigenschaft, ihren neuen Reichtum protzig zur Schau zu stellen.

Zu den Verlierern zählen vor allem die Rentner - nur in Ostdeutschland zählen sie zu den Gewinnern -, die Bauern und jene Schichten der Gesellschaft, die auf soziale Transfers angewiesen sind. Zwar verfügen alle Transformationsländer inzwischen über beitragsfinanzierte Systeme sozialer Sicherheit und auch über Sozialhilfeeinrichtungen. Aber die Sozialhilfesätze liegen häufig unterhalb des Existenzminimums. Die Leistungen der Arbeitslosenversicherung sind niedrig und in ihrer Dauer sehr begrenzt. Sie können die Verelendung so wenig verhindern wie die Renten. Der Verlust sozialer Sicherheit, die Destabilisierung der Lebensperspektiven gerade durch das neuartige Phänomen der Arbeitslosigkeit und der Anstieg der Kriminalität werden in der subjektiven Wahrnehmung vieler Bürger als die Hauptprobleme des Transformationsprozesses wahrgenommen. Sie macht in den ersten Jahren nach der Wende auch jungen Menschen so zu schaffen, daß alle Transformationsländer ein erhebliches Sinken der Geburtenrate zu verzeichnen hatten. Der Rückgang der Geburten um 70% zwischen 1989 und 1994 in Ostdeutschland gab auf eine dramatische Weise Auskunft über veränderte Lebensgefühle, Erwartungen und Ängste.

Trotz des Rückzuges des Staates aus vielen Bereichen der Wirtschaft und der Gesellschaft und trotz der neugewonnenen Autonomie der Gesellschaft sind die Erwartungen der Menschen an den Staat aber in allen Transformationsländern ungebrochen hoch. Hier manifestieren sich die Spuren jahrzehntelanger kommunistischer Erziehung und Sozialisation. Der Staat soll Preise kontrollieren, die Industrien subventionieren, für Arbeitsplätze, Wohnungen und wirtschaftlichen Wohlstand sorgen. Überall ist zu beobachten, daß die Betreuungsmentalität und die egalitären Überzeugungen die Wende überdauert haben. Die sozialistische Indienstnahme der Gesellschaft durch den Staat hat zu einer verstaatlichten Gesellschaft geführt. Die Folge war ein Verlust

von Bürgersinn.<sup>5</sup> Auch Polen ist hier trotz seiner freiheitlichen Traditionen und trotz des Gewichts der katholischen Kirche keine Ausnahme.<sup>6</sup>

In Ostdeutschland sind die Erwartungen an den Staat auch acht Jahre nach der Wiedervereinigung beträchtlich höher als in Westdeutschland. Während 55% der Ostdeutschen mehr Verantwortung des Staates bei der Versorgung der Bürger fordern, sind es bei den Westdeutschen nur 34%. Umgekehrt sprechen sich nur 28% der Ostdeutschen, aber 55% der Westdeutschen für mehr Eigenverantwortung aus.<sup>7</sup>

Obgleich der Lebensstandard und das Einkommensniveau in Ostdeutschland das Niveau aller anderen Transformationsländer beträchtlich übertrifft, ist unter den Ostdeutschen häufig eine viel größere Unzufriedenheit festzustellen als in den anderen postkommunistischen Gesellschaften. In Diskussionen drängt sich der Eindruck auf, daß der West-Ost-Transfer von durchschnittlich 130 Milliarden DM jährlich netto, seit der Wiedervereinigung also mehr als eine Billion DM, zwar zu einer hervorragenden Infrastruktur, zu einem hohen Konsumniveau, zu sanierten Innenstädten und zu einer weltweit einmaligen Sozialleistungsquote von rund 70% 1992 führte, gleichzeitig aber das Glück der eigenen Anstrengung und den Stolz auf die eigene Leistung schmälerte.

Wenn die Rekonstruktion der Zivilgesellschaft in den Transformationsländern gelingen soll, muß der überall noch spürbare Etatismus überwunden werden. Die Gründung und Entfaltung von selbständigen, der Initiative von Bürgern entspringenden Verbänden, die an der gesellschaftlichen und politischen Willensbildung teilnehmen, ist unverzichtbar. Die von den kommunistischen Parteien gelenkten Gewerkschaften und die in „Nationalen Fronten“ zusammengeschlossenen Massenorganisationen sind mit der Diktatur verschwunden. Aber es mangelt allenthalben am Verständnis für die Notwendigkeit von Nichtregierungsorganisationen, von neuen Assoziationen, sogenannten „corps intermédiaires“ zwischen Bürger und Staat, die ökonomische oder politische, soziale oder kulturelle Interessen zusammenfassen und im politischen Willensbildungsprozeß artikulieren.

Dies ist zumindest für Polen erstaunlich, da sich durch die Klubs katholischer Intelligenz, die Komitees zur Verteidigung der Arbeiter und die Gewerkschaft „Solidarnosc“ schon zu kommunistischen Zeiten zivilgesellschaftliche Strukturen gebildet hatten, die im Schutz der Kirche entscheidend zur Wende beigetragen haben. Das „Solidarnosc“-Programm von 1981, das stark von der katholischen Soziallehre geprägt war und alle anderen oppositionellen Bewegungen in den sozialistischen Ländern Mitteleuropas beeinflusste, „lebte von dem Glauben an die ... Rekonstruktion der civil society, an die Möglichkeit einer Wiederbelebung der Wüste, die der Totalitarismus zwischen Indi-

viduum und Staat entstehen ließ“ (Aleksander Smolar). Aber die Wahlbeteiligung lag in Polen nach der Wende selten über 50%. Kein anderes Transformationsland tat sich so schwer zu begreifen, daß das Recht zu wählen in einer Zivilgesellschaft eine moralische und politische Pflicht ist.

Kein Problem ist in Mittel- und Osteuropa, von der Slowakei abgesehen, die Freiheit und der Pluralismus der Medien. Überall hat sich die Presselandschaft nach der Wende stark verändert. Überall ist eine Vielzahl neuer Zeitungen, Zeitschriften, Rundfunk- und Fernsehsender entstanden, so daß die Informationsfreiheit und die Meinungsvielfalt gewährleistet sind, obgleich ein beträchtlicher Teil der Journalisten bereits vor der Wende in den Redaktionen kommunistischer Medien tätig war und die Regierungen aus postkommunistischen Parteien nicht selten versuchen, die staatlichen Fernsehanstalten für sich zu instrumentalisieren. Beispiele dafür bieten Ungarn, Polen und vor allem die Slowakei.

### **Die Rolle der Kirchen**

Wenn nach der Rolle der Kirchen in den Transformationsprozessen Mittel- und Osteuropas gefragt wird, ist zuerst die katholische Kirche in Polen, dem Ursprungsland dieser Prozesse, in den Blick zu nehmen. Sie hat zum Zusammenbruch des Kommunismus erheblich beigetragen. Ihr Widerstand gegen den kommunistischen Totalitarismus ist nicht nur in vielen pastoralen Stellungnahmen und Verfolgungen bis hin - im Falle des 1983 ermordeten Warschauer Kaplans Jerzy Popieluszko - zum Martyrium dokumentiert, sondern auch extra muros wiederholt bestätigt worden, so beispielsweise von Adam Michnik, Leszek Kolakowski, Vaclav Havel, Andrej Sacharow und nicht zuletzt von Michail Gorbatschow selbst. Auch in der Tschechoslowakei hat die katholische Kirche - allen voran der Prager Kardinal Tomasek - die Opposition gegen die kommunistische Herrschaft mitgetragen, und in Ostdeutschland haben die evangelischen Kirchen einerseits durch das Schutzdach, das sie oppositionellen Friedens- und Umweltgruppen boten, andererseits durch die ökumenische Versammlung „Gerechtigkeit, Frieden, Bewahrung der Schöpfung“ von 1988/89 zusammen mit den anderen christlichen Kirchen zur Wende erheblich beigetragen.

Aber welche Rolle spielen die Kirchen nach dem Zusammenbruch des Kommunismus bei der Gestaltung der Transformationsprozesse in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft? Haben sie ihren Standort in den neuen Demokratien gefunden? Werden sie den Erwartungen gerecht, die die Gesellschaft an sie richtet? Müssen sie sich selbst einem Transformationsprozeß unterziehen?

Alle Kirchen haben unerwartet große Schwierigkeiten bei der neuen Standortbestimmung. Gewiß, sie müssen weder das Evangelium noch die Liturgie, weder die Sakramente noch die Feste und - zumindest die katholische Kirche - auch nicht ihre Hierarchien transformieren. Das Kreuz Christi bleibt ihr Zentrum - nach der Wende wie vor der Wende. Aber die Kirchen müssen einen neuen Standort im demokratischen Verfassungsstaat und in der pluralistischen Gesellschaft sowie ein neues inneres Gefüge finden. Sie müssen sich von einer Kirche des Klerus zu einer Kirche des Volkes Gottes mit aktiven Laien, Verbänden und Bewegungen entwickeln. Im Hinblick auf ihre gesellschaftliche Präsenz, ihre Katechese und ihren Religionsunterricht in den Schulen, ihre Pastoral in staatlichen Einrichtungen, ihre Angebote im Bildungs- und Sozialbereich, ihre Caritas, ihre Präsenz in öffentlichen Institutionen, ihre Studien- und Ausbildungsordnungen ist ein Aggiornamento notwendig, das in allen Transformationsländern nicht nur große materielle Ressourcen, sondern auch Phantasie, Klugheit, Sensibilität und ganz offenkundig auch mehr Zeit erfordert als erwartet.

Daß die Kirche in allen Transformationsländern vor der Wende eine Kirche des Klerus und des Episkopates sein mußte, entsprach den Überlebensbedingungen in Zeiten kommunistischer Herrschaft. Sie hat aber - von Ostdeutschland abgesehen - beträchtliche Schwierigkeiten, die klerikalen Strukturen und Mentalitäten der Vergangenheit zu überwinden, eigenständige Laienverbände zu fördern und das Verhältnis von Glaube und Politik gemäß den Leitlinien von „Gaudium et Spes“ und „Christifideles Laici“ zu bestimmen. Diese Schwierigkeiten spiegelten sich in den Ansprachen von Papst Johannes Paul II. bei den Ad Limina-Besuchen polnischer und litauischer Bischöfe 1993. Eindringlich ermahnte der Papst die Bischöfe, die Kirche zu öffnen, die Laien für ihren eigenständigen Weltdienst auszubilden, Laienbewegungen zu fördern, jede Form von Partikularismus, Exklusivität und Selbstgenügsamkeit zu vermeiden und das II. Vatikanum und insbesondere die Soziallehre der Kirche anzuwenden.<sup>8</sup>

Priester und Bischöfe kostete es nicht nur in Polen, sondern auch in Litauen und in der Slowakei in den ersten Jahren nach der Wende beträchtliche Mühe, vor Parlaments- und Präsidentenwahlen die gebotene Zurückhaltung zu wahren. Aus diesen Ländern gibt es wiederholt Beispiele dafür, daß einzelne Bischöfe die häufig in der Bischofskonferenz vereinbarte Zurückhaltung preisgaben. Mit ihren Interventionen erreichten sie dann aber oft das Gegenteil dessen, was sie erreichen wollten. Markantestes Beispiel ist die polnische Präsidentenwahl 1995, bei der ungeschickte kirchliche Interventionen die Annahme rechtfertigen, daß sie dem Kandidaten des postkommunistischen Bündnisses SLD Kwasniewski die Mehrheit gegen Lech Walesa verschaff-

ten. Wesentlich glücklicher agierten die polnischen Bischöfe vor den Parlamentswahlen 1993. Unter Berufung auf „Gaudium et Spes“ und die Ansprache Papst Johannes Pauls II. beim Ad Limina-Besuch im Januar 1993 erklärten sie: „Die Kirche ist keine politische Partei und identifiziert sich auch mit keiner politischen Partei. Sie ist überparteilich und offen für alle Menschen guten Willens. Keine politische Partei hat das Recht, die Kirche zu vertreten.“

Schwierigkeiten, den neuen Herausforderungen nach der Wende gerecht zu werden, haben aber nicht nur Klerus und Episkopat, sondern auch die Laien selbst. Sie erfreuen sich in Polen wie in anderen Transformationsländern zwar der wiedergewonnenen Freiheiten, erkennen aber nur mühsam, daß ihr Glaube sie verpflichtet, sich an der Gestaltung von Wirtschaft und Gesellschaft, Staat und internationalen Beziehungen zu beteiligen und die innerkirchliche Willensbildung zu gesellschaftlichen und politischen Fragen als Partner der Priester und Bischöfe mitzugestalten. Sie überwinden nur schwer den aus kommunistischen Zeiten überkommenen Gegensatz zwischen beruflichem Alltag und politischem Engagement einerseits und religiösem Glauben und kirchlichem Leben andererseits.

### **Die schwierige Neubestimmung des Verhältnisses von Kirche und Staat**

Schwierigkeiten, das Verhältnis zwischen Kirche und Staat neu zu bestimmen, hatten häufig aber auch die politischen Parteien, die Regierungen und die Parlamente. Der viereinhalbjährige Kampf um das polnische Konkordat, das am 28.7.1993 zwischen der Regierung Suchocka und dem Hl. Stuhl ratifiziert worden war, aber erst im April 1998 in Kraft treten konnte, dürfte in der Konkordatsgeschichte des 20. Jahrhunderts kaum eine Parallele haben. Zahlreiche postkommunistische Kräfte folgten bei der Bestimmung des Verhältnisses zwischen Staat und Kirche radikal laizistischen Vorstellungen, die die Kirche in den Raum des Privaten zurückdrängen wollten und jede Partnerschaft mit ihr in Fragen des Religionsunterrichts, der Ausbildung von Priestern und Religionslehrern, der Gestaltung des Bildungs- und Sozialleistungssystems ablehnten. Sie folgten jakobinischen Demokratiekonzepten und unterstellten jedem Hinweis auf nicht abstimmungsfähige Grundwerte und Grundrechte, wie zum Beispiel jenem auf das Recht auf Leben in der Abtreibungsdebatte, eine Ablehnung der Demokratie. Dementsprechend bitter wurde in Polen in den ersten Jahren nach der Wende gestritten.

Auch in Restitutionsfragen neigen die laizistischen Parteien dazu, die Kirchen und ihre Rechte zu ignorieren. Die tschechische Regierung Klaus stellte sich hier bis zu ihrem Ende im Herbst 1997 taub. In Litauen sind diese Fra-

gen Anfang 1998 ebenfalls noch nicht gelöst. In Polen beschränken sich die Probleme bei der Rückgabe enteigneten kirchlichen Besitzes dagegen auf Grundstücke. Unproblematisch war die weitgehend abgeschlossene Rückgabe von Gebäuden.

Nach den ersten sieben turbulenten Jahren des Transformationsprozesses hat Polen Anfang 1998 aber nicht nur in seiner politischen und ökonomischen Entwicklung, sondern auch in den Beziehungen zwischen Staat und Kirche eine Phase der Konsolidierung erreicht. Sie läßt erwarten, daß diese Beziehungen auf der Basis des Konkordats im Geiste gegenseitiger Unabhängigkeit und kontinuierlicher Kooperation gefestigt werden. Auch in Litauen ist nach dem Regierungswechsel von den Postkommunisten zu der Koalition aus Konservativen und Christdemokraten Ende 1996 und dem Amtsantritt von Präsident Adamkus am 26.2.1998 eine Konsolidierung der Beziehungen zwischen Kirche und Staat im Geiste gegenseitiger Unabhängigkeit und beidseitiger Kooperation zu erwarten.

Zahlreiche Probleme in der Regelung der Beziehungen zwischen Staat und Kirche gibt es dagegen in jenen Ländern, die durch die Traditionen des orthodoxen Christentums geprägt sind. Regierungen und orthodoxe Kirchenleitungen in diesen Ländern kämpfen um Religionsgesetze, die die orthodoxe Kirche - ungeachtet ihrer Spaltung in konkurrierende Flügel - privilegieren und die Handlungsfreiheit der anderen Kirchen beschränken. Im russischen Gesetz „über die Gewissensfreiheit und religiösen Organisationen“ von 1997 sehen manche Demokraten den Anfang vom Ende der Demokratie. Auch Mazedonien hat sich ein Religionsgesetz gegeben, das die Religionsfreiheit der nichtorthodoxen Kirchen verletzt. Bulgarien plant für 1998 ein solches Gesetz, das die Kirchen verpflichtet, vor der staatlichen Registrierung ihre Dogmen, ihre Sittenlehre und ihre liturgischen Vorschriften prüfen zu lassen und die Leitungen der lokalen Kirchengemeinden bei den Gemeindeverwaltungen anzumelden. Derartige Vorschriften sollen das Eindringen von Sekten verhindern und eine national orientierte Registrierungs politik ermöglichen. Sie widersprechen aber nicht nur den freiheitlichen Traditionen der westlichen Demokratien, sondern auch dem die Religionsfreiheit gewährleistenden Artikel 9 der Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten des Europarates von 1950. Bulgarien ist seit 1992, wie alle anderen Transformationsländer Mitteleuropas, Mitglied des Europarates.

Ein weiteres schwerwiegendes Problem in Transformationsländern mit einer starken orthodoxen Kirche ist das Fehlen einer orthodoxen Sozialethik, die in den Transformationsprozessen dieser Länder Orientierung geben könnte. Die orthodoxen Kirchen beschränken sich, wenn es um die Gestaltung der Gesellschaft geht, auf die Caritas und sehen meist nicht die Aufgabe, die gesell-

schaftlichen und politischen Strukturen zu humanisieren und dafür durch eine Sozialethik Hilfen anzubieten. Dieses Defizit hat seine Wurzeln in der byzantinischen Tradition der Symphonie bzw. der Einheit von Kirche und Kaiser. Es belastet die Transformationsprozesse, die auf das Wächteramt der Kirche in der Gesellschaft ebenso angewiesen sind wie auf Christen, die sich bei der Gestaltung von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft am Menschenbild und an den Ordnungsprinzipien der Christlichen Gesellschaftslehre orientieren.

### **Die Chance der innerkirchlichen Transformation**

Die Konsolidierungsphase in den mitteleuropäischen Transformationsländern bietet der katholischen Kirche die Chance, ihre innere Transformation mit neuer Energie in Angriff zu nehmen. Zu diesen von Johannes Paul II. wiederholt angemahnten inneren Transformationen gehören die Aktivierung der Laien und eine Institutionalisierung ihrer Beteiligung am kirchlichen Leben, die Förderung eines Apostolates der Verbände, die Neubestimmung des Verhältnisses der Kirche zu den Medien, der Dialog mit den gesellschaftlichen Eliten und nicht zuletzt die Reform des kirchlichen Bildungswesens, des Theologiestudiums und der Priesterausbildung.

Ungeachtet der Schwierigkeiten auch der innerkirchlichen Transformation, die die Prognose zu bestätigen scheinen, daß der Weg aus der Unterdrückung in die Freiheit hart ist und eine ganze Generation in Anspruch nimmt, ist die Erinnerung an das Wunder von 1989 in allen Kirchen lebendig. In allen Kirchen sind Fortschritte in der inneren Transformation zu verzeichnen. Die Verse des Psalms 126 „Als der Herr das Los der Gefangenschaft Zions wendete, da waren wir alle wie die Träumenden. Da war unser Mund voll Lachen und unsere Zunge voll Jubel“ sind in den Mühen des Alltags nicht verlorengegangen. Die Kirchen in Mittel- und Osteuropa sind wie die Gesellschaften und Staaten, in denen sie leben und wirken, im Aufbruch. Sie sind auf dem Weg, die Rekonstruktion der Zivilgesellschaften in den postkommunistischen Transformationsprozessen mit zu gestalten. Sie sind sich auch ihrer Pflicht zur inneren Transformation bewußt. Die Kirchen im Westen wiederum wissen um ihre Pflicht zur geistlichen, intellektuellen und materiellen Hilfe in diesem Transformationsprozeß. Das Hilfswerk der deutschen Katholiken für Mittel- und Osteuropa „Renovabis“ hat sich hier bereits große Verdienste erworben. Die von Papst Johannes Paul II. am 23.6.1996 in Berlin angekündigte und vermutlich 1999 stattfindende zweite Sonderversammlung der Bischofssynode für Europa wird Wege suchen, den Aufbruch der Kirchen in Mittel- und Osteuropa weiter zu fördern.

## Literaturhinweise

- Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien (Hrsg.), Der Osten Europas im Prozeß der Differenzierung. Fortschritte und Mißerfolge der Transformation, Jahrbuch 1996/1997, München 1997.
- Jakob Juchler, Osteuropa im Umbruch. Politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklungen 1989-1993. Gesamtüberblick und Fallstudien, Zürich 1994.
- Mittel- und Osteuropaperspektiven. Jahrbuch 1997/98, Band 1: Politischer Hintergrund und Wirtschaftsentwicklung, herausgegeben von der Frankfurter Allgemeinen Zeitung GmbH, Informationsdienste u. a., Frankfurt 1997.
- Manfred Spieker (Hrsg.), Nach der Wende: Kirche und Gesellschaft in Polen und in Ostdeutschland, Paderborn 1995.
- Werner Weidenfeld (Hrsg.), Mittel- und Osteuropa auf dem Weg in die Europäische Union. Bericht zum Stand der Integrationsfähigkeit 1996, Gütersloh 1996.

## Anmerkungen

- 1 The rebirth of democracy. 12 constitutions of central and eastern Europe, ed. by The International Institute for Democracy (Council of Europe), 2. Aufl. Straßburg 1996.
- 2 Hans-Hermann Höhmann, Marktwirtschaft ohne Alternative? Aspekte und Bewertungsmaßstäbe der osteuropäischen Wirtschaftstransformation, in: Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien (Hrsg.), Zwischen Krise und Konsolidierung. Gefährdeter Systemwechsel im Osten Europas, Jahrbuch 1994/95, München 1995, S. 194.
- 3 A. Michnik, Der lange Abschied vom Kommunismus, Reinbek 1992, S. 68.
- 4 Ilya Srubar, Elitenwandel in der Tschechischen Republik, in: Aus Politik und Zeitgeschichte B 8/98 vom 13.2.1998, S. 27.
- 5 Karl-Heinz Ducke, Ermutigung zu persönlicher Initiative, in: Wege aus der Krise in den Neuen Bundesländern, hrsg. vom Bund katholischer Unternehmer, Trier 1991, S. 33f.
- 6 Tadeusz Szawiel, Sozialethische Einstellungen unter polnischen Katholiken, in: Manfred Spieker, Nach der Wende: Kirche und Gesellschaft in Polen und in Ostdeutschland, Paderborn 1995, S. 300f.
- 7 Allensbacher Jahrbuch der Demoskopie 1993-1997, hrsg. von Elisabeth Noelle-Neumann und Renate Köcher, München 1997, S. 693.
- 8 Osservatore Romano (deutschsprachige Wochenausgabe) vom 5.2.1993, S. 10f. und vom 12.3.1993, S. 7.

## Zur Person des Verfassers

Dr. phil. Manfred Spieker, Professor für Christliche Sozialwissenschaften an der Universität Osnabrück.